Anlage 4 zur GRDrs 884/2014

**Stellenschaffungen**

**im Vorgriff auf den Stellenplan 2016**

| Org.-Einheit (aut. Stpl.),  Kostenstelle | Amt | BesGr.  oder  EG | Funktionsbezeichnung | Anzahl der Stellen | Stellen- vermerk | durchschnittl. jährl. kosten- wirksamer Aufwand Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 290 0200  29101021 | 29, Jobcenter | EG 8 | Sachbearbeiter/-in | 2,0  2,0 | KW 01/2017 | 95.800  95.800 |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Beantragt wird die Schaffung von 4,00 Planstellen, EG 8, für die Abrechnung von Leistungen Bildung und Teilhabe, davon 2,00 Stellen mit KW-Vermerk 01/2017.

# 2 Schaffungskriterien

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt bereits im Prüfbericht vom 15. Juli 2013 aufgrund des sich stetig erhöhenden Antragsvolumens im Bereich BuT den Personalbedarf anhand der aktuellen Erkenntnisse neu zu überprüfen. Die Anzahl der BuT-Anträge ist in 2013 um 62 % auf rund 37.000 Anträge gestiegen (vgl. 3.1).

Aufgrund der hohen Antragszahlen müssen seit 2013 bei der Bearbeitung der Anträge Prioritäten gesetzt werden. Aufgrund der Dringlichkeit und Relevanz wird der Antragsbearbeitung bei Klassenfahrten und bei der Lernförderung der Vorzug gegeben. Dies führt jedoch zu deutlich längeren Bearbeitungszeiten bei der Bearbeitung von Anträgen auf Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung und bei der Bewilligung der Teilhabeleistung (10,00 € / Monat), obwohl diese existenzsichernden Leistungen von den Betroffenen gleichwohl dringend benötigt werden.

Mit Hilfe optimierter Arbeitsabläufe u.a. der Einrichtung einer „Auskunftsstelle“ für die vielen Antragsteller und Ratsuchende, die täglich direkt beim BuT-Team vorsprechen und die dadurch mögliche Entlastung der Leistungsgewährer/-innen und der Abrechner insbesondere während den Öffnungszeiten, kann das BuT-Team die gestiegenen Antragszahlen voraussichtlich mit zusätzlichen **4 Abrechnungsstellen (EG 8)** bewerkstelligen.

Für die Erbringung von BuT-Leistungen gibt es keinen bundesweit einheitlichen Fallzahlenschlüssel, da die Strukturen und auch die organisatorischen Abläufe örtlich zu unterschiedlich sind. Das Rechnungsprüfungsamt verweist in seinem Prüfbericht vom 15. Juli 2013 wegen der vergleichbaren Anzahl von BG`s beispielhaft auf den Personalschlüssel der Stadt Leipzig (1:1.100).

Wird hilfsweise der Personalschlüssel der Stadt Leipzig (1:1.100) auf die **13.800** Stuttgarter Antragsteller angewandt, würde sich bei der Sachbearbeitung ein Stellenbedarf in Höhe von insgesamt 12,54 Stellen ergeben. Unter Berücksichtigung der aktuellen Stellenausstattung von 8 SB (5 LG , 3 Abrechner), ergäbe sich in Stuttgart ein weiterer Stellenbedarf von ca. **4,5 SB-Stellen**. Unberücksichtigt bleibt dabei ein evtl. weiterer Anstieg der Antragszahlen.

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass

Die Anzahl der Anträge auf BuT-Leistungen ist in 2013 um rund 14.000 auf circa 37.000 Anträge gestiegen (+ 62 %).

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Jahr** | **Anzahl Anträge** | **Anzahl Antragsteller\*\*** |
| 2011 | k.A. | rd. 11.600 |
| 2012 | 22.917 | rd. 13.000 |
| 2013 | **37.213** | rd. 13.800 |
| 2014  *Stand: 11.11.2014* | *35.117* | rd. 10.900 |

\*\* ohne Sozialhilfe

Auch die 2013 nur zeitweise mögliche Unterstützung mit vorhandenen Personalressourcen aus anderen Teams reichte nicht aus, um dem stark gestiegenen Antragsumfang auf Dauer beizukommen. In den Bereichen Schülerbeförderung und Teilhabeleistungen bearbeiten die BuT-Mitarbeitenden derzeit Anträge, die im Mai 2014 gestellt wurden. Über alle Teilleistungen hinweg stehen aus 2013 rd. 1.450 und aus 2014 rd. 10.940 Anträge noch zur Bearbeitung an (Stand 11. November 2014).

## 3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung

Bei Einführung der BuT-Leistungen wurde für deren Administrierung zunächst von einem vorläufigen Stellenbedarf von insgesamt 8 Stellen ausgegangen (GRDrs 235/2011 vom 05.04.2011): Sieben Stellen im Jobcenter (1 Sachgebietsleitung, 4 Leistungsgewährung, 2 Stellen Sachbearbeitung Abrechnung) und eine Stelle im Sozialamt (FamilienCard).

Zugrundegelegt wurden ca. 16.600 potentiell BuT-Berechtigte, verteilt über alle Rechtskreise, wobei die Nachfragequote nicht vorhersehbar war. Es wurde (zunächst) vorausgesetzt, dass Leistungsberechtigte ihre Anträge bei den Zweigstellen des Jobcenters stellen und die Bearbeitung dort – dezentral - erfolgt.

Seit September 2011 besteht ein zentrales BuT-Team. Dies wurde aufgrund der sieben Teilleistungen mit ihren unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und wegen der Komplexität des Verwaltungs- und Abrechnungsverfahrens notwendig. Das BuT-Team ist für die vollumfängliche Bearbeitung der BuT-Anträge für alle Stuttgarter SGB II-, Wohngeld- und KIZ-Berechtigten zuständig.

Bereits im Dezember 2011 hatten von den 16.000 potentiell Berechtigten 11.600 eine oder mehrere BuT-Teilleistungen beantragt. In der tatsächlichen Umsetzung wurde deutlich, dass ein zusätzlicher Stellenbedarf besteht. Mit GRDRs 1337/2011 wurde der Bedarf je einer weiteren Stelle für die Leistungsgewährung und für die Abrechnung dargestellt und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2012/2013 so beschlossen.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Leitung**  EG 10 | **LG**  EG 9 | **Abrechner**  EG 8 | **sonstige** |
| April 2011 | 1 | 4 | 2 | 50, Sozialamt: 1 |
| Dezember 2011 | 1 | 5 | 3 | 50, Sozialamt:  1 + 1 EG 8 befristet (Oktober bis März für Spitzenbelastungen bei der Bearbeitung von Familien- und Bonuscard)  40, Schulverwaltungsamt:  0,5 A 11 und 0,5 A 9 mD |

## 3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Der Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen auf existenzsichernde Leistungen im Bereich Bildung und Teilhabe wird nicht zeitnah erfüllt insb. In den Bereichen Schülerbeförderung (Scool-Abo u.a.) und der Teilhabe (Vereinsbeiträge u.a.). Das Ziel, dass bedürftige Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit nicht von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sein sollen, wird dadurch gefährdet.

Die Bearbeitungsdauer bei Anträgen auf Schülerbeförderung und Teilhabeleistungen kann bis zu 9 Monate betragen. Dies kann Auswirkungen auf die Akzeptanz und letztlich auf die Nachfragequote (derzeit ca. 84 %) haben.

Auch die Akzeptanz der Leistungsanbieter (Vereine, VVS/SSB etc.) kann dadurch beeinträchtigt werden, da u.a. weniger Einnahmen als tatsächlich möglich generiert werden.

# 4 Stellenvermerke

2,00 Stellen sind auf zwei Jahre befristet mit dem KW-Vermerk 01/2017.